56. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 109

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Sonnabend, 5. März 1927

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Vor der Ratstagung.

Das inoffizielle Programm die Hauptsache.

Die Begegnung der Außenminister.

(Telegramme unseres Korrespondenten.)

Paris, 5. März.

Nach der Auffassung der Pariser Presse wird die Tagung des Völkerbundsrats keine großen Ueberraschungen bringen. Die Frage der **Räumung des Rheinlandes** sei noch nicht reif, so daß auch die offiziöse Unterhaltung Briands mit Stresemann vorläufig die Entwicklung nicht beschleunigen könnte. Erst wenn im Juni die Entwaffnungsverpflichtungen vollkommen erfüllt worden seien, könne von diesem, für Deutschland wichtigen Problem gesprochen werden. Das ist die These des Quai d'Orsay, die natürlich durch die Ereignisse in Genf widerlegt werden kann. Vorläufig hält man in Paris es für notwendig, auf die ungestümen Forderungen des Grafen Westarp in dieser Frage mit einer kühlen Vertröstung zu antworten. Es ist aber wieder ziemlich wichtig, daß Briand beim Empfange der deutschen Korrespondentenvereinigung mit sehr freundlichen Worten von seinem Kollegen Stresemann sprach und sagte, daß er schon von der Begegnung der Außenminister in Genf einen Fortschritt für die Annäherungspolitik erwarte.

Ueber die anderen Fragen, die auf dem Programm für Genf stehen, wird von mehreren Pariser Blättern eine Uebersicht gegeben, die nach einem einheitlichen Gesichtspunkt angeordnet und deshalb als offiziös zu betrachten ist. Briand und Chamberlain werden hauptsächlich über Rußland miteinander zu sprechen haben. Die beiden Minister werden vielleicht schon heute abend nach Eintreffen Chamberlains in Paris auf der Durchreise nach Genf eine Unterredung haben, in jedem Falle aber, wenn die heutige Begegnung nicht möglich sein sollte, am Sonntag in Genf zusammenkommen. Alle Fragen, die nicht auf der Tagesordnung stehen, sollen dann erörtert werden, besonders aber die englisch-russische Spannung und die Situation in China. Der „Matin" schreibt: „Chamberlain will seinem französischen Kollegen einen diplomatischen Aktionsplan Englands für die Politik gegenüber Rußland vorlegen, für den Fall, daß der Konflikt sich zuspitzen sollte." Diese Vermutung kann auch eine Anregung sein, die zeigen soll, was Frankreich erwartet. Ueber China wird gesagt: „Es ist wahrscheinlich, daß die beiden Minister von dem chinesischen Delegierten einige Aufklärungen über die Lage der Fremden erbitten werden. Der chinesische Delegierte in Genf ist jetzt bevollmächtigt, auch im Namen der Kantonregierung zu sprechen. Es wird gesagt, daß er zu beruhigenden Zusicherungen über die Behandlung der Fremdenkolonien bevollmächtigt ist."

Ein zweiter wichtiger Gegenstand für die Genfer Tagung ist das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen. Die Franzosen glauben, daß Stresemann und Zaleski zur Verständigung geneigt sind. Man hofft, daß Stresemann nicht unbedingt darauf bestehen wird, die Frage der deutschen Niederlassungen in Polen müsse noch vor dem Wiederbeginn der Wirtschaftsverhandlungen geregelt werden. Wenn eine Entscheidung darüber erfolgt, daß diese Frage gleichzeitig mit den Wirtschaftsverhandlungen besprochen werden können, dann gebe es kein Hindernis mehr für die Aufnahme der unterbrochenen Besprechungen. Die französischen Zeitungen hoffen auf den günstigen Einfluß der Genfer Atmosphäre, auch bei der Besprechung anderer deutsch-polnischer Differenzpunkte, von denen Danzig und die Schulfrage in Polnisch-Oberschlesien genannt werden. Zum erstenmal werden in Genf die beiden interessierten Mächte direkt miteinander verhandeln. Es sei zu wünschen, daß Stresemann und Zaleski einander entgegenkommen, und daß beiden die umstrittenen Fragen weniger vom nationalen, als vom europäischen Standpunkt aus betrachten. Welchen Wert Frankreich gerade der Regelung der polnischen Angelegenheiten beimißt, zeigt auch der neue Artikel Seydoux' im „Petit Parisien". In zwei Spalten wird zu beweisen versucht, daß der „Weg von Berlin nach Paris über Warschau geht", und daß Deutschland ein Interesse daran hat, seine Politik im Osten nach dem Muster der Weltpolitik anzubahnen. Seydoux verspricht den Polen, daß Frankreich ihnen treu bleiben werde, und deutet an, daß die klugen Ratschläge der französischen Regierung in Warschau bereits manchen guten Erfolg gehabt hätten. Zu Deutschland spricht Seydoux: „Die Ereignisse haben gezeigt, daß kein Friede werden kann, wenn nicht die Friedenspolitik im Westen und Osten einander ergänzt. West und Ost sind solidarisch."

Als das wichtigste Problem der Genfer Tagung wird die Regelung der Verhältnisse im Saargebiet betrachtet. Die französische Presse hofft auf die Annahme des Kompromißvorschlages, der einen „Bahnschutz" von 800 Soldaten schaffen will. Da gleichzeitig als Zweck des Bahnschutzes die Sicherung des Zuganges zur besetzten Zone von Mainz berechnet wird, läßt sich vermuten, daß der größte Teil dieser Schutztruppe aus Franzosen bestehen soll. Darüber wird wohl in Genf noch etwas eingehender zu verhandeln sein. Der „Matin" glaubt, daß hinter den Kulissen der Ratsversammlung viel von der Abrüstung gesprochen werden soll. Da alle Mächte vertreten sind, deren Unterschriften unter dem Locarno-Vertrag stehen, können die offiziösen Besprechungen über dieses Problem sehr wichtig werden. Es wird darauf ankommen, darüber zu entscheiden, welchen Einfluß das Projekt des Präsidenten Coolidge auf die vorbereitende Konferenz haben muß, die am 21. März beginnen soll.

Danzig, 5. März.

Von der Danziger Delegation wird aus Genf gemeldet, daß gestern die Verhandlungen mit dem Unterausschuß des Finanzkomitees fortgesetzt und so weit gefördert worden sind, daß aller Voraussicht nach im Laufe des heutigen Tages ein formulierter Vorschlag über den umstrittenen Artikel 4 des Zollabkommens mit Polen dem Unterausschuß vorgelegt wird.

Hoesch bei Briand.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 5. März, 12 Uhr mittags.

Der deutsche Botschafter v. Hoesch hatte heute mittag 12 Uhr eine Unterredung mit dem Außenminister Aristide Briand.

Die Ankunft der Delegierten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 5. März.

Die von Berlin kommenden Mitglieder der deutschen Delegation treffen im Laufe des heutigen Nachmittags und Abends in Genf ein. Minister Stresemann und Staatssekretär v. Schubert kommen morgen früh um 8 Uhr an. Briand und Chamberlain treffen ebenfalls morgen früh ein. Der polnische Außenminister Zaleski kommt bereits heute abend an.

Die Offensive in Richtung Schanghai.

Bedrohung der Nanking-Bahn.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Schanghai, 5. März.

Die Sungkiangfront, die neuerdings von den Schantungtruppen besetzt wurde, ist ruhig. Dagegen wird eine Offensive der Südtruppen längs des Taihu in der Richtung auf Wukiang und Sutschau als bevorstehend bezeichnet. Auch wird gemeldet, daß die Unterbrechung der Schanghai-Nanking-Bahn unmittelbar zu erwarten sei. Schanghai ist ruhig. Die Gerüchte, daß ein zweiter Generalstreik zum Ausbruch kommen werde, haben bisher keine Bestätigung gefunden.

London, 5. März.

Alle aus China eingegangenen Berichte betonen die Verschlechtrung der Lage Tschangtschungtschangs, falls sich die Unterbrechung der Eisenbahnlinie Tientsin—Pukau bestätigen sollte. Denn hierdurch Denn hierdurch wäre Tschangtschungtschang von seiner Operationsbasis abgeschnitten und lediglich auf den Wasserweg angewiesen. Daß Tschang sich dieser Gefahr bewußt ist, erhellt aus den Verstärkungen, die er nach Sutschau geworfen hat. „Central News" zufolge hat nicht nur die Pekinger Regierung, sondern auch die Kantonregierung Widerspruch gegen die Besetzung chinesischer Gebiete außerhalb der internationalen Siedlungen durch englische Truppen erhoben. Der Schanghaier „Times"-Vertreter schildert die Unzufriedenheit der englischen Geschäftswelt in China über das Hankau-Abkommen, das England weit weniger Rechte einräume als anfänglich zu erwarten war. In Tientsin seien nach Bekanntgabe dieser Bedingungen die Grundstückspreise um 50 Prozent gefallen. Was dagegen die Einigung über Kiukiang betreffe, so sei man schon länger der Ansicht gewesen, daß kleinere Konzessionen wie Kiukiang und Amoy verzichtet seien. Wenn deshalb Kiukiang jetzt die Verfassung eines gewöhnlichen Vertragshafens erhalte, so sei man englischerseits hiermit einverstanden. Aus Hankong wird dem gleichen Blatt eine Zunahme der Spannung zwischen den roten und rosa Kuomintangs gemeldet. Die Roten säßen unter Borodin in Hankau, die Rosa unter Tschiang kaitschek in Nantschang.

Die Vertagung der Freigabebill.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 5. März.

Die Entscheidung über die Freigabebill ist nun endgültig bis zum nächsten Winter hinausgeschoben. So bedauerlich dieses Ergebnis jahrelanger Bemühungen ist, so darf auch nicht verkannt werden, daß mit der prinzipiellen Anerkennung der Verpflichtung zur Rückgabe des deutschen Eigentums seitens des Repräsentantenhauses und des maßgebenden Senatsausschusses ein wichtiger Fortschritt erzielt wurde. Auch die Zustimmung des Senatsplenums wäre zweifellos erfolgt, wenn nicht die Obstruktion die Erledigung jeglicher Gesetzesvorlagen seit Tagen verhindert hätte. So wie die Dinge nun stehen, darf mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß Verabschiedung der Bill im Beginn der Wintersession, also etwa gegen Ende dieses Jahres erfolgen wird.

Der ungetreue Treuhänder.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 5. März.

Der ehemalige Verwalter des „feindlichen Eigentums" Miller wurde im zweiten Daugherty-Prozeß schuldig befunden, legte aber sofort Berufung ein. Die Anklage gegen Daugherty selbst wurde fallen gelassen, da die Geschworenen zu keinem Ergebnis gelangen konnten.

Der Wechsel im Justizministerium.

Von

Dr. Ernst Feder.

Der neue preußische Justizminister Dr. Schmidt hat heute nach Leistung des in der Verfassung vorgeschriebenen Eides sein Amt im Justizministerium angetreten.

Am gestrigen Tage ist der preußische Justizminister Am Zehnhoff aus dem Amte geschieden, und der Ministerpräsident Braun hat an seiner Stelle den bisherigen Senatspräsidenten am Kammergericht Dr. Schmidt zum Chef der preußischen Justiz ernannt. Länger als irgendein anderer preußischer Minister, nämlich seit Ende März 1919, fast volle acht Jahre, hat Am Zehnhoff sein Amt bekleidet, eine Kontinuität, die an sich erfreulich ist und im bemerkenswerten Gegensatz zum Reiche steht, wo gerade das Justizministerium besonders häufig den Inhaber wechselte und jetzt von den Deutschnationalen, den Fürsprechern der „Fachmänner", mit einem ausgesprochenen Nichtfachmann wie Hergt besetzt worden ist. Gerade im Fall Zehnhoff allerdings war das lange Verbleiben des Ministers auf seinem Posten ein Fehler. Seit Jahren haben wir, leider vergebens, darauf hingewiesen, daß der geschwächte Gesundheitszustand des Ministers ihm die volle Erfüllung seiner Amtspflichten nicht mehr gestatte. So sehr aus menschlichen Gründen dem jetzt Zweiundsiebzigjährigen eine volle Wiederherstellung seiner Gesundheit zu wünschen war, so wenig war doch eine volle Gesundung der Justiz, namentlich der politischen Strafjustiz, zu erwarten, bevor nicht an der obersten Stelle eine frische, ungebrochene Kraft waltete. In den letzten Jahren seiner Amtstätigkeit ist Am Zehnhoff persönlich gar nicht mehr hervorgetreten, 1924 hat er zum letzten Male den Etat seines Ministeriums vertreten. Charakteristisch ist, daß er, im Gegensatz zu allen anderen Ministern, persönlich wohl niemals an einer Pressekonferenz teilgenommen hat, und auch bei den wenigen, zum Teil sehr fruchtbaren Besprechungen mit der Presse in seinem Ministerium hat nicht der Minister, sondern der Staatssekretär der Kaffeetafel präsidiert.

Falsch wäre es indes, beim Ausscheiden des Ministers Am Zehnhoff die großen und bleibenden Verdienste zu vergessen, die er, namentlich in den ersten Jahren seines Ministeriums sich erworben hat. Der genußfrohe Rheinländer war zugleich ein gütiger Mensch. Am Zehnhoff, der aus dem Anwaltsstande kam, hat klug und systematisch die Gedanken moderner Humanität in die gerichtliche Praxis getragen. Er hat das Gnadenwesen vollkommen umgestaltet und hat vielfach durch persönliches Eingreifen Härten des formalen Rechts beseitigt. Ueber diesen Teil seiner Tätigkeit wird noch bei anderer Gelegenheit zu sprechen sein. Durch Erlasse über die bedingte Strafaussetzung hat er in unzähligen Fällen Gutes gewirkt, und durch seine Mitarbeit an der Ersetzung kurzzeitiger Freiheitsstrafen durch Geldstrafen ist er einem der ärgsten Uebel des heutigen Strafrechts erfolgreich entgegengetreten. Auf allen diesen Gebieten hat er vorbildlich gewirkt, und so vieles noch zu tun bleibt, jeder Nachfolger Am Zehnhoffs kann doch nur den von ihm eingeschlagenen Weg weitergehen.

Nicht zu verkennen ist freilich, daß es dem bisherigen Justizminister nicht gelungen ist, wenigstens für Preußen die Vertrauenskrise der Justiz zu beseitigen. Gewiß, manches ist in den letzten Jahren besser geworden. Das völlige Versagen der Strafjustiz auf manchen Gebieten, so beim Ehrenschutz hervorragender Republikaner oder beim Schutz der Reichsfarben, wie wir es in den ersten Jahren der Republik erlebten, ist in Preußen wenigstens in dem früheren Umfange nicht mehr zu konstatieren. Auch Verleumder republikanischer Minister mußten schon ins Gefängnis wandern, und die Gefängnisstrafe, mit der die Beschimpfung von Schwarz-Rot-Gold jetzt hier und da geahndet wird, hätte, früher angewandt, den politischen Kampf von einer seiner unerfreulichsten Ausartungen befreit. Manche Entschließungen der Richtervereine zeigen, daß die Notwendigkeit, auch die Justiz mit dem Geiste des Volksstaates zu durchdringen, nicht mehr verkannt wird. Die Taten fehlen vielfach noch. Gewiß sind der Einwirkung des Justizministers auf diesem Gebiet enge Grenzen gezogen. In die Tätigkeit des unabhängigen Richters selbst kann er nicht eingreifen. Die Dienstaufsicht, man denke an den Fall des Landgerichtsdirektors Westerkamp, der die Anwesenheit der Pressevertreter im Verhandlungssaal an unzulässige Bedingungen knüpfte, wurde nicht mit genügender Schärfe durchgeführt. Die Personalpolitik hat wichtige staatspolitische Forderungen unberücksichtigt gelassen.

Jener Beschluß des Landtags, der die Besetzung der maßgebenden politischen Stellen mit entschiedenen Vertretern der republikanischen Staatsform verlangte, blieb im Bereich der Justiz unerfüllt. Nirgends sind die Stellen der Personalreferenten im Ministerium selbst so wenig wie bei den Oberlandesgerichten, mit „entschiedenen Vertretern der republikanischen Staatsform" besetzt. Dem entsprechen die Erfolge der bisherigen Personalpolitik. Selbstverständlich soll die Ernennung zu den höchsten Richterämtern nicht an das Mitgliedsbuch der Partei geknüpft werden. Es schadet nichts, wenn auch ein hervorragend tüchtiger Deutschnationaler in eine hohe Richterstellung berufen wird. Die Kleinlichkeit des alten Regimes bleibe dem Volksstaat fern. Was aber schadet und unerträglich ist, bleibt die Tatsache, daß zu den höchsten Stellen der Justiz bisher so gut wie gar keine Republikaner befördert wurden, daß vielmehr der Verdacht entstehen konnte, es sei in der Republik nachteilig,